

# Nebrae-Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 24/25.  
Genßprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832.

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Atern.

№ 87

Donnerstag, den 24. Juli 1930

43. Jahrgang

## Rheinlandsfeier.

Der Hauptfestakt in Koblenz.

Koblenz, 22. Juli.

Der preussische Ministerpräsident Dr. Braum empfing den Reichspräsidenten in Eltville, um dann mit ihm gemeinsam auf dem Dampfer „Main“ die Reise nach Koblenz, wo der Dampfer am Deutschen Eck anlegte, zur Hauptbegegnungsfeier der Preussischen Staatsregierung in Koblenz anzutreten.

Auf der Feier, die um 12 Uhr in der Stadthalle der Stadt Koblenz stattfand, sprachen nacheinander der Oberpräsident der Rheinprovinz, Dr. Fuchs, der Oberbürgermeister von Koblenz, der preussische Ministerpräsident Dr. Braum, der Reichswehrminister von Guericke und zuletzt der Reichspräsident.

### Ministerpräsident Dr. Braum

führte u. a. aus: „Zum zweiten Male in unterhalb hundert Jahren ist für das Rheinland eine Zeit jahrelanger fremder Besetzung zu Ende gegangen.“

Vor allem gilt heute unser Gedanken der Treue des rheinischen Volkes.

Wir gedenken voll Dankbarkeit der erfolgreichen Staatsmänner, die, aufbauend auf dieser Treue des rheinischen Volkes, in der Vergangenheit durch alle Kämpfe und alle Schwierigkeiten, fortwährend und zielstrebig ihre Pflicht der Verständigung mit unseren Nachbarn durchgeführt und die vorzeitige Befreiung des Rheinlandes erreicht haben.

Aber es gab noch ein Drittes, das sich der Abwehr aller Angriffe auf die Verbundenheit dieses Gebietes mit dem Deutschen Reich von entscheidender Bedeutung war. Das ist die Existenz des Preussischen Staatsverbandes. Die Festigkeit eines Gebietes zeigt sich erst, wenn Sturmwinde an ihm rütteln.

Die innere Widerstandskraft eines Volkes wird erst sichtbar, wenn seine Grundfesten angegriffen werden. Das haben verwerfliche Kräfte 1923 versucht. Das ihnen das nicht gelang, danken wir nicht zum wenigsten dem festen Geiste des Preussischen Staatsverbandes und der engen Verbundenheit der rheinischen Bevölkerung mit der preussischen Verwaltung.

Wir haben, ich bin mir, aus der Hoffnung für immer hinter uns liegenden Separatistenseite die eine bedeutende innerpolitische Lehre zu ziehen: Der Preussische Staatsverband darf nicht ever gelockert werden, bis wir als einheitliches Reichsgebiet etwas völlig Gleichwertiges an seine Stelle zu setzen vermögen.

Noch fehlt uns in diesem preussischen Staatsverband eines der wertvollsten Glieder der Rheinprovinz.

### Das herrliche Gebiet an der Saar.

Wir grüßen heute die in Treue erprobten Saarländer und hoffen mit ihnen, daß trotz der Hindernisse, die sich gegen die Wieder aufstärkung dieses, nach auch ihnen als Teil ihres Ausbaus die politischen Rechte aller Deutschen zurückgegeben werden und daß auch sie sich der Rückkehr in ihr Vaterland erfreuen können.“

### Hierauf übertrug

### Reichswehrminister von Guericke

zunächst den Dank und die Grüße der Reichsregierung und führte dann aus: „Gerettet ist wieder einmal der Rhein. Ein dieses nationales Wollen hat den deutschen Volksgenossen zum Siege geführt. Die völlige Abnung des Rheinlandes war lange Zeit das große Ziel deutscher Außenpolitik. Mit der Erreichung dieses Zieles beginnt ein neuer Abschnitt deutschen außenpolitischen Wirkens.“

### Rede des Reichspräsidenten.

Unter Hinweis auf die Jahre, die er in glücklicher Zeit in Koblenz verlebte, dankte der Reichspräsident der gesamten Bevölkerung für das herrliche Willkommen und die begeisterten Begegnungen zu Staat und Reich und führte dann aus: „Auch am heutigen Tage, an dem die preussische Rheinprovinz die nunmehr vollzogene völlige Räumung und Wiederbevölkerung mit Staat und Reich begehrt, gilt unter ersten Empfinden den vielen Opfern der langen Leidenszeit.“

Wir gedenken mit stolzer Befriedigung der gewissenhaften Pflichterfüllung und der vorbildlichen handhaften Haltung der Bevölkerung in dem heiligen Gebiet, von der zahlreiche ihre Treue zu Eid und Pflicht mit dem Tode bezeugt haben.

Und wir grüßen in höchster Anerkennung die Bescheidenheit der Rheinprovinz selbst, die in geschlossener Einigkeit aller Stände in jeder Geduld ausdauerte, bis die Lage der Freiheit wiederkam.

Unser Gedanke werden uns allen jene schmerzlichen Wochen und Monate sein, die herrliche Elemente des Rheinlands, rheinisches Gebiet vom Rheinland loszulassen, und sich

### in einmütigem freiem Zusammenfließen

Bauern und Bürger, Arbeiter und Arbeitsnehmer, Beamte und Studenten zusammenfinden, um, obwohl waffenlos, diesen verwerflichen Angriff auf deutsches Land abzuwehren und die Einheit des Reiches zu retten.

Der Rhein ist noch mehr als je zum Wahrzeichen der deutschen frontalen Einheit und unseres Willens zur Selbstbehauptung geworden.

Möge die staatliche Einheit, der wir heute freudig gedenken, stets vom Geiste der Einigkeit befeuert sein, der dieses Land am Rhein in seinen schwersten Tagen führte und zu dem befehlige, was wir heute dankbar feiern!

Am Anschlag an die Rede des Reichspräsidenten sang die Menge begeistert diesen, der Reichspräsident fand dann ein Frühstück statt, zu dem die preussische Staatsregierung insbesondere Persönlichkeiten zugezogen hatte, die in besonders hervorragendem Maße in der Ausübung ihrer Pflicht durch die Belagerung persönlich zu leiden gehabt hatten.

### Der Reichspräsident an Frau Stresemann.

Mainz, 22. Juli.

Reichspräsident von Hindenburg sandte von der hiesigen Begegnungsfeier an Frau Stresemann folgendes Telegramm:

„Bei der erhabenen Begegnungsfeier in der Stadthalle zu Mainz haben wir in Trauer und Dankbarkeit Ihres verstorbenen Herrn Gemahls gedacht, dem es nicht beschieden war, den Dank der Bevölkerung für seine bis zum Tode pflichttreue und anopfernde Arbeit zu erleben. Ich bitte Sie, bei diesem Anschlag den Ausdruck meines Gedenkens und ergebenster Grüße entgegenzunehmen.“

## Reichshaushalt und Notverordnung.

Dietrich bei Brünning.

Berlin, 22. Juli.

Eine Befreiung des Reichshaushalts Dr. Brüning mit dem Reichsfinanzminister Dr. Dietrich fand statt, bei der er sich um die Vorbereitung der entscheidenden Kabinettsitzung handelte, die am Donnerstag stattfand.

Die Kabinettsitzung ist in doppelter Richtung von besonderer Bedeutung. Erstens wird die Reichsregierung die Entscheidung darüber zu fällen haben, welche unvollständigen Gesetzentwürfe durch Notverordnung in Kraft gesetzt werden sollen, und zum anderen wird das Reichsministerium über die Ausgestaltung der Notverordnungen in einzelnen Beschlüssen fassen müssen.

Im Hinblick auf den Kreis der durch Notverordnung zu regelnden Materien ist bisher eine Entscheidung noch nicht erfolgt. Grundlegend ist nur zu betonen, daß auf dem Verordnungswege mit Hilfe des Artikels 48 nur solche Gesetze verordnet werden sollen, die der Beilegung des inneren Konfliktes dienen. Dabei handelt es sich neben den Bedarfsverordnungen vor allem um den Reichshaushalt selbst. In welcher Form der Reichshaushalt durch den Artikel 48 in Kraft gesetzt wird, unterliegt noch der Entscheidung, doch darf angenommen werden, daß der Gesamtetat auf diesem Wege verordnet wird. Wäre der Reichstag nicht aufgelöst worden, so wäre auch zweifellos der Etat am verflochtenen Sonntag angenommen worden, nachdem die Beratung im Haushaltsausschuss in zweier Lesung ja bereits abgeschlossen war. Das Verfahren, nur etwa den Etat monatlich zu verlängern, dürfte sich kaum empfehlen, da alsdann der neue Reichstag bei seinem Zusammentritten im Herbst über den Etat für 1930 voraussichtlich einen Nachtragset für 1930 und außerdem den Etat für 1931 beraten müßte. Ein solches Verfahren ist zwar im Jahre 1920/21 angewandt worden, aber es hat sich damals gezeigt, daß eine geordnete Staatsverwaltung, nachdem ein halbes Etatsjahr bereits verflochten ist, nicht mehr möglich ist.

Es wird also darüber zu entscheiden sein, welche Gesetze mit dem Reichshaushalt unmittelbar in Verbindung stehen, das dürfte z. B. gelten von dem Gesetz über die Sanierung der Arbeitslosenversicherung, da, wenn die Verschläge der Reichsregierung keine Gesetzeskraft erhalten, ein neues finanzpolitisches Loch im Etat entsteht.

### Die Tätigkeit des Reichsparlamentarier.

Im allgemeinen muß damit gerechnet werden, daß die Reichstagsarbeiten möglichst umfangreich von den Beratungen auf Grund des Artikels 48 Gebrauch machen wollen. Die Regierung wird sich jedoch, wie verläutet, streng an die verfassungsmäßigen Bestimmungen halten.

Im Zusammenhang mit den vom Reichsfinanzminister geplanten Maßnahmen am Haushalt sind in den letzten Tagen über die Tätigkeit des Reichsparlamentarier Sammel in Umlauf gesetzt worden, die mit den Tatsachen nicht voll in Einklang stehen.

Der Reichsparlamentarier ist bereits beratendes Mitglied des Reichskabinetts, wirkt also zwar nicht bei der Abfassung, wohl aber bei den sachlichen Entscheidungen maßgebend innerhalb der Regierung mit. Zur Zeit ist der Reichsparlamentarier zu den Beratungen des Reichsfinanzministers und des Reichsfinanzministers nach nicht hinzugezogen worden. Es ist aber wahrscheinlich, daß der Reichsfinanzminister für seine Arbeiten bei der Kürzung des Haushalts, die in den nächsten Tagen zum Abschluß gelangen werden, sich die Kenntnisse des Reichsparlamentarier zu Hilfe machen wird.

### Notruf der Grenzmark Posen-Westpreußen.

Schneidemühl, 23. Juli. Die Wirtschaftskammern der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen, die Landtagswirtschaftskammer, die Industrie- und Handelskammer und die Handwerkskammer haben an den Reichstagsminister und den Reichswehrminister folgendes Telegramm gerichtet: „Mit Zustimmung des Reichstages ist die Verabschiedung des

Öffnungsgebotes in letzter Stunde verhindert worden. Die grenzmärkische Wirtschaft, welche auf die durch den Öffnungsgebotsentwurf vorgezogenen Hilfsmaßnahmen ihre letzte Hoffnung setzte, ist dadurch auf das schwerste enttäuscht. Die Notlage der Landwirtschaft, Handwerk, Handel und Gewerbe hat sich außerordentlich gesteigert und muß zum Aufbruch der gesamten grenzmärkischen Wirtschaft führen, wenn nicht die in Aussicht gestellten Hilfsmaßnahmen schnellstens zur Durchführung gelangen. Die grenzmärkischen Wirtschaftskammern bitten dringend, das Öffnungsgebots und seine Durchführung im Wege der Notverordnung erlassen zu wollen.“

## Ergebnislose Ministerpräsidentenwahl.

Anträge auf Auflösung des Landtages.

Dresden, 23. Juli.

Auf der Tagesordnung der Sitzung des Sächsischen Landtages stand abends die Wahl des Ministerpräsidenten. Zur Wahl wurden u. a. die Abgeordneten Dr. Weber, Reichstagsabgeordneter Lipinski, Abgeordneter Kemmer und Abgeordneter Dr. Fröhlich vorgeschlagen.

Abgegeben wurden von 96 Abgeordneten 97 Zettel, wovon die Wahl wiederholt werden mußte. Im zweiten Wahlgang wurden dann 96 Stimmzettel abgegeben. Es entfielen auf Lipinski 32, Dr. Weber 31, Dr. Fröhlich 14, Kemmer 13, Dr. Kütz 3, Dr. Richter 2 und Löffel eine Stimme. Keiner der Genannten hat die erforderliche Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten. Die Wahl ist also wiederum ergebnislos verlaufen.

Die nationalsozialistische Fraktion des Landtages hat folgenden Antrag eingebracht: Die Unmöglichkeit, eine dem Willen der Mehrheit des sächsischen Volkes entsprechende antinazistische Regierung zu bilden, die dem Volke und dem Landtage für ihre Entschlüsse und Handlungen voll verantwortlich ist, beweisend wieder einmal mit aller Deutlichkeit, daß die Parteien der Mitte ihre eigenen parteipolitischen Bestrebungen dem Volkswillen unterordnen. Wir erheben hierin einen Vorstoß gegen die Pflichten eines aus dem Willen des Volkes gewählten Parlamentes und beantragen deshalb: Der Landtag wolle sich auflösen.

Auch die Kommunisten haben einen Auflösungsantrag eingebracht.

## Danzig und Gdingen.

Neuer Konflikt mit Polen

№ Danzig, 23. Juli.

Die Regierung der freien Stadt Danzig hat kürzlich die Kaufkraft der Reichsmark gegenüber der unter ungleichem Zustand geltenden, weichen der unter Umständen ungleicher Mittel betriebenen Ausbau des Hafens von Gdingen gegenüber Danzig geschlossen hat.

Polen hat nicht etwa, wie es den Gesetzen der internationalen Höflichkeit entspricht, der Regierung der freien Stadt Danzig genantwortet, sondern hat dem Danziger Völkerbundskommissar eine Note zugehen lassen. Der wesentliche Inhalt ist der, daß Polen die Stadt Danzig zu befehligen, es greife mit seiner Forderung bezüglich Gdingen die politische und wirtschaftliche Souveränität des polnischen Staates an!

Diese Note stellt den Gipfel polnischer Verdröhnungslust und Vertragsbrüche dar. Die freie Stadt Danzig ist im Verfall der Beträge eigens zu dem Zwecke geschlossen worden, dem jungen polnischen Staat die Einrichtungen eines Seehafens zur Verfügung zu stellen, weil man die Eingliederung des deutschen Danzig nicht wagte. Der Danziger Völkerbundskommissar hat bereits 1921 eine Entscheidung dahin gefällt, daß Polen verpflichtet ist, den Hafen von Danzig voll auszurüsten, auch wenn es andere Hafen an der Küste errichte. Die Abweisung Danzigs müßte ohnehin über kurz oder lang vor dem Völkerbundsgremium zur Aufklärung der ganzen Danziger Frage führen. Zweifellos dürfte in der nächsten Sitzung des Völkerbundes eine Streitfrage über die Auslegung der Beträge eine Rolle spielen. Danzig hat ein Recht darauf, als Junge Polens zur See voll auszurüsten zu werden, da es ja anderenfalls keine volle Völkerbundsmöglichkeit bestände. Sollte Polen auf seine gefährlichen Standpunkt verharren, so kann es ihm leicht gehen, daß die Verletzung der Danziger Frage zur Aufklärung der ganzen Korridorfrage führt.

## Komité der Abstimmung.

Eupen-Malmédy fordert Gerechtigkeit.

№ Eupen, 22. Juli.

Die vier deutschen Zeitungen in Eupen-Malmédy richten anlässlich der belgischen Unabhängigkeitstagen einen Aufruf an die belgische Regierung und an die belgischen Abgeordneten und Senatoren, in dem es heißt:

„Daß die Eupen-Malmédyer unter Mithilfe von Recht, Vertrag und Rechtsmitteln befreit worden sind und daß sie das Naturrecht der Selbstbestimmung auch für sich beanspruchen.“

Weiter heißt es: „Wir sind weiß, und auch weiterhin belagerte Belgier geben zu, daß die Volksbefragung von 1920 eine Komödie und daher als Voraussetzung für unsere Wiedereinrichtung zum Reich unbrauchbar war. Die Behauptung, die Mehrheit unserer Bevölkerung wolle bei Belgien bleiben,“

Hi durch die Wahlen von 1929 überzogen widerlegt worden. Die Christliche Volkspartei wie auch die Sozialdemokratische Partei gingen in den Wahlkampf mit der Parole: Selbstbestimmung und Volksbefragung! Die überwältigende Mehrheit unserer Wähler (85 Prozent) gab ihnen die Stimme.

Cupen-Malmedy hatte damit erklärt, daß es mit seinem jetzigen politischen Status nicht einverstanden sei. Wie hind die festen Überzeugung, daß eine badige gerechte Lösung der Frage Cupen-Malmedy geeignet ist, den leider noch immer nicht ungetriebenen Beziehungen zwischen Belgien und Deutschland eine entscheidende Besserung zu geben.

### Eine vernünftige Stimme.

Gegen die französische Hege wegen der Saar.

Paris, 21. Juli.

Um die Wiederaufnahme der Saarverhandlungen unmöglich zu machen, wird gegenwärtig in der Pariser Chauvinistenpresse eine selbst für französische Verhältnisse ungewöhnliche Hege entfaltet, gegen die sich die „Kolonté“ ganz energisch wendet.

Das Blatt schreibt, Italien dürfe ganz ungehörliche Herausforderungen an Frankreich machen, ohne das man Einpruch erhebe, sowie aber der Versuch gemacht werde, die Saargebiet durch ein gemeinsames Völkerbündnis zu regeln, erhebe sich ein großes Geschrei, weil die Interessen eines halben Dutzend französischer Industrieller auf dem Spiel ständen. Die französischen Chauvinisten gehen sich nicht, die Ereignisse in Deutschland zu entfalten, indem sie z. B. die Auflösung des Reichstags als Staatsstreich hinstellen, die Ausführungen des Reichsaussenministers in Speyer, der die Rheinlandfrage als einen Schritt auf dem Wege zur Annäherung bezeichnet habe, aber wohlweislich verschweigen.

Man verlange von den französischen Nationalsozialisten nicht, den Ereignissen von Deutschland blind und blumig gegenüberzutreten, man könne aber wohl verlangen, ohne aufreizende Polemik die Wahlen abzumachen.

### Rundgebung gegen Tardieu.

Radikalsozialistische Angriffe.

Paris, 22. Juli.

Der ehemalige Ministerpräsident Herriot leitete eine Rundgebung der Radikalsozialisten in Anaa. Nach einem Festreden ergriff der radikalsozialistische Abgeordnete Chabran das Wort.

Seine Ausführungen gipfelten in heftigen Angriffen gegen Tardieu und seine Regierungsführung. Chabran warf dem Ministerpräsidenten vor, sein Amt nicht richtig zu kennen und verzeihen zu haben, daß die Mittel der Staatskasse einmal erschöpft sein müßten. Es sei sehr leicht, den Schwierigkeiten dadurch aus dem Wege zu gehen, daß man die Kammer in die Ferien schicke. Der Ministerpräsident habe in seiner letzten Rede herangezogen, daß er zu oft zur Vertrauensfrage hätte greifen müssen. Niemand, so erklärte Chabran, habe Tardieu dazu gezwungen. Er wolle jedoch, daß die Regierung bei fast jeder Abstimmung ohne Vertrauensvotum geschlagen werden könne.

Wenn Tardieu die verfrühte Schließung der Kammer mit seinem eigenen Gesundheitszustand rechtfertigen wolle, so müsse man dem gegenüberhalten, daß es für eine Regierung nicht gerade lobenswert ist, wenn sie für die Beratungen nicht ohne den Ministerpräsidenten führen könnte, zumal die noch offenkundigen Fragen nicht jenseit Respekt betreffen hätten.

### Verschärfung in Aegypten.

Die Wafdpartei fordert Einberufung des Parlaments.

London, 22. Juli.

Die Wafdpartei hat unter dem Vorfeld Nubas Raschid in Kairo eine Sitzung abgehalten. Zum Schluß der Verhandlungen wurde ein Aufruf an den König erlassen, um im Namen von zwei Dritteln des Parlaments das bringende Ersuchen zu unterbreiten, eine außerordentliche Sitzung einzuberufen.

Die Wafdpartei verleihe auf diese Weise die Verantwortung für die etwaigen Anstreben bei dem Versuch, trotz des Verbots der Regierung eine Parlamentsitzung abzuhalten, auf König Fuad abzuwälzen. Nach der Verlesung ist der König verpflichtet, bei Empfang eines von zwei Dritteln des Parlaments unterzeichneten Ersuchens eine Sonder Sitzung des Parlaments einzuberufen.

Eine etwaige Tagung der Kammer auf Grund des Schrittes der Wafdpartei würde nur den Zweck haben, ein Mißtrauensvotum gegen das Kabinett einzubringen, das dann zum Rücktritt gezwungen wäre. Es scheint daher, daß die Lage der ägyptischen Regierung gefährlich ist, wenn sich König Fuad und Ministerpräsident Sidki Raschid nicht im letzten Augenblick zu einer Überabstimmung der Verfassung entschließen.

### Schwere Straßenkämpfe in Kairo.

Infolge des Beschlusses der Wafdpartei, sich den Eintritt in das aufgelöste Parlament zu erzwängen, hatten sich große Menschenmengen in der Gegend des Parlamentsgebäudes angesammelt. Nach und nach bildeten sich größere Demonstrationzüge, die meistens aus Jugendlichen bestanden.

In den Hauptstraßen ist kaum eine einzige Fenster Scheibe ganz geblieben. Die Polizei nahm eine große Anzahl von Verhaftungen vor. Gegen Mittag nahmen die Übergriffe der Demonstranten erstere Formen an. In verheerenden Straßen kam es zu regelrechten Kämpfen mit der Polizei.

König Fuads Thron gefährdet.

Kairo, 23. Juli.

Die gemathten Zusammenkünfte, mit denen sich die politische Spannung in Ägypten Luft macht, haben bereits eine große Anzahl von Opfern gefordert und sind nach nicht zu Ende. Wohl aber ist bereits das Ziel der Erhebung zu erkennen.

Der Druck des Parlaments auf den König ist so stark geworden, daß man mit der Möglichkeit einer Abdankung König Fuads rechnen muß.

Jwar hat die nationale Partei des Reichs noch einmal mit einer Eingabe an den König verkehrt, auf verfassungsmäßigem Wege die Gelegenheit zu klären, aber König Fuad hält mit seiner Antwort zurück, so daß der Zusammentritt des Parlaments nach wie vor in Frage gestellt bleibt, und wenn in dieser Frage der König nicht einleitet, so ist seine Stellung auf das schwerste gefährdet.

Es scheint, daß Fuad im Vertrauen auf die Ergebenheit der Truppen und auf ein Eingreifen der englischen Garnison bis zum äußersten gehen will. Der Widerstand gegen seine Staatsreichthümer und gegen die Aufrechterhaltung des Parlaments hat aber einen Umfang angenommen, der auch die Engländer zur Zurückhaltung mahnen dürfte. Es kommt hinzu, daß das Kabinett geneigt scheint, die Forderungen des Reichs zu unterstellen.

Die Regierung erkennt die Gefahr, die ein Unstimmigwerden des Auftrages heraufbeschwören müßte, besonders wenn dadurch den Engländern ein begründeter Anlaß zum Eingreifen gegeben würde und die Ereignisse in Syrien, wo sich die Führer des Hatens bemächtigt haben, machen die englische Aktion sehr wahrscheinlich. In London, wo man über die ägyptischen Ereignisse stark beunruhigt ist, wird sich der Druck auf das Kabinett Macdonald, auf keinen Fall den ägyptischen Forderungen nachzugeben, durch die englischen Truppen nachzugeben.

So greift die innerägyptische Auseinandersetzung zwischen dem Ministerpräsidenten König und den Vertretern des parlamentarischen Systems über die Auseinandersetzungen mit England und erschwert weiter die ganze Situation.

### Aus dem In- und Auslande.

Der Reichsaussenminister.

Berlin, 22. Juli. Der Reichsaussenminister des Innern hat zum Reichsaussenminister des Reichsaussenministers, Geheimen Regierungsrat Prof. Dr. Wagmann, und zu seinem Stellvertreter den Direktor im Statistischen Amt, Geheimen Regierungsrat Messinger, ernannt. Für den Fall der Behinderung des Reichsaussenministers und seines Stellvertreters wird das Mitglied des Statistischen Reichsaussenministers Dr. Wagmann mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsaussenministers beauftragt.

Ein Demont Thüringens.

Weimar, 23. Juli. Durch die Reichspresse sind dieser Tage Nachrichten, nach denen Thüringen mit dem Reich wegen der späteren Verhältnisse in Thüringensangelegenheiten bis zur Erhebung des Reiches eingetreten sei. Das Thüringische Ministerium des Innern erklärt jetzt, daß in der Angelegenheit der Polizeijurisdiktion bei der Sperrung der Zuläufe durch das Reichsministerium des Innern Verhandlungen zwischen den ausländischen Reichs- und Verordnungen nicht stattgefunden haben.

Surz Nachfolger Krefflins?

Moskau, 23. Juli. Die Sowjetregierung will zum Nachfolger des als stellvertretenden Außenminister nach Moskau berufenen Reichsaussenministers Krefflins den russischen Volkspolizisten in Angora, Suriz, nach Berlin entsenden. Suriz spielte bei dem Abschluß des russisch-türkischen Handelsabkommens und Handelsvertrages eine große Rolle. Es heißt, daß er das besondere Vertrauen Stalin genießt.

Eine Festschreibung in deutscher Sprache.

Brüssel, 23. Juli. Der belgische Nationalfeiertag wurde festlich begangen. Die belgische Familie nahm an einem Festessen von 2000 Bürgermeistern und Gemeindevorsteher teil. Aus dem Gebiet von Cupen und Walmege waren 27 Vertreter erschienen. Sie wurden vom Innenminister in deutscher Sprache begrüßt und herzlich willkommen geheißen. Am Nachmittag fand ein großes Fest unter freiem Himmel statt, wobei zahlreiche Reden gehalten wurden. Der König wies darauf hin, daß Belgien seiner äußeren Sicherheit die größte Aufmerksamkeit zuwenden müsse, bis eine allgemeine Abrüstung durchgeführt sei.

Separatisten werden in Frankreich gezeitigt.

Paris, 23. Juli. Eine Anzahl nach Belgisch gezeitigt Separatisten wurde dort nach dem Abschluß der deutsch-belgischen Freundschaftsverträge aufgenommen und in öffentlicher Versammlung aufgeführt gezeitigt. Der Bericht über die Versammlung vermerkt, daß die Separatisten verschiedentlich in herzlicher Weise ihrer Freundschaft für Frankreich Ausdruck gegeben hätten.

Schwierigkeiten in der französischen Sozialversicherung.

Paris, 23. Juli. Die Einführung der Sozialversicherung stößt bei der Arbeiterheit auf erheblichen Widerstand. In Paris haben in der Automobilfabrik von Citroen 3800 Arbeiter zum Protest gegen die Wägung die Arbeitsaufnahme verweigert. 300 Arbeiter wurden deshalb sofort entlassen. In Ville und Umgebung haben die Metallarbeiter den Generalstreik ausgerufen. Da die Arbeiter erste Forderungen stellen, wurde die Polizei zur Einschüchterung von Landgenossen veranlaßt.

Kleine politische Meldungen.

Aufhebung des Bismarckdenkmals. Auf Grund einer gegenläufigen Verhandlung zwischen Polen, Oesterreich, Letland, Finnland und Estland wurde der Ein- und Ausreisepaßausweis für diplomatische Völkse aufgehoben.

Vor der Abreise Macdonalds nach Oberammergau. Ministerpräsident Macdonald hat nach Abschluß der gemeinsamen Parlamentssitzung am Donnerstag nächster Woche zum Reichstag nach Oberammergau abreisen zu können.

Kostenvertrag vom amerikanischen Senat ratifiziert. Wie aus Washington gemeldet wird, hat der amerikanische Senat den Londoner Kostenvertrag am Montag ratifiziert.

### Aus der Umgegend

Rebra, 24. Juli.

— **Erntezeit und Erntewetter.** Wenn belids zusammen trifft, dann gibt es auf dem Lande freundliche Gefichter, dann arbeitet jeder noch einmal so gern, weil jeder Sonnigfrist der Ernte zweckdienlich ist und die Erntearbeiten vorwärts bringt. Ein großer Teil unserer Felder ist schon abgemäht, die Garben stehen zu Büscheln zusammengestellt und warten auf die Mähfrucht. Die aufgestellten Dreschmaschinen rattern bis in die späten Abendstunden hinein und Garbe um Garbe wird in ihre unerschöpfliche Mühlfrucht verkehrt. Fuder auf Fuder, hochbeladen mit Getreide, wird angefahren und jeder Kleinerebhaber wieder zu erst an die Weide kommen, um rasch fertig zu werden und einiges Wirtschaftsgeld aus dem Erlös der neuen Ernte hereinzubekommen. Die Nachfrage nach dem Mähfrucht ist sehr nicht so rasch wie in Vorjahresjahren, der Sachstand hat Mähfrucht, seine Produkte abzugeben, während sie ihm früher gern abgenommen und bezahlt wurden. Ob es unserer Landwirtschaft jemals wieder gelingen wird, den früher eingenommenen Hochstand im Wirtschaftselben

einzunehmen, ist fraglich, denn ihre Produktionskosten haben sich mehr als verdoppelt angehoben, während die Preise ihrer Produkte damit nicht gleichen Schritt gehalten haben.

### Ernte

Die wogenden gelblichen Roggenfelder sind verschwunden. Beschaulich, wie die letzten Früchte haben die kleinen Garbenpyramiden. Die Garbe auf breiterer Art, die Garbe des Landmanns ist unter dem Sonnenlicht der breiten, schmalen Schermer der Mähfrucht zu Boden gesunken. Das Tage der Ausaat bis jetzt hat der Landwirt um den geschätzlichen Reichtum seines Roggens gebangt. Lang war die Zeit. Frost, Hitze, Hagelplag und Regen konnten eine Mähfrucht zur Folge haben, eine Hungersnot. Die Sonne wuchs von Tag zu Tag, gleich dem Wachsen und Reifen der gelblichen Lehren. Jetzt kommt potternd ein großer Vettermann, von braunen, dicken Werten gezogen. Schnel und kappernd fährt er über den Stoppelfeld, tragen Garben wägen sich die Röder durch die lockere Erde. Tief und aufgewühlt hat die Mähfrucht. Mit „Hi!“ und „Hoi!“ geht es das Feld hinunter. Männer, Wägen und Kinder eilen geschäftig zwischen den kleinen Pyramiden umher. Braun und dunkel sind die Arme, die Hände sind voller Schmutz. Die widerstandsfähigen, fleckigen Hände sind gelblich, ihre Hände in die Haut. Im Strohkrautern bellt ein großer Hund, läßt die Jung lang aus dem Mäule hängen. Zurückzinkige Gebel schwingen die Garben klingend und raschend auf den Wägen. Die Kinder sind mit in das Ruch der Landarbeit gespannt. Schnell beugt sich der kleiner, gelblicher, Kinder, behend eilen sie über das Stoppelfeld, tragen Garben zusammen, unter deren gelblicher Fülle sie fast unsichtbar geworden sind, so daß es scheint, als wädeln die Garben selbst mit braunen Beinen und Holzspannfrucht zum Vettermann. Den Männern und Frauen rollen Schmelperfen über die Wägen. Der Wägen ist voll geworden. Ein mächtiger Baum wird über das Getreide gesetzt, mit diesen Seiten festgeschraubt. Die Pferde ziehen an. Der Wägen fährt potternd durch das große Hoftor, hält vor der Scheune, in welcher bereits das muntere Lied der Dreschmahl mit seinem „Klapp-Klapp“ ertönt. Und die Schrägmühle mahlt, mahlt das neue Mähfrucht. Morgen wird das Getreide Braun und frisch geerntetem Roggen. So ist es Brauch. Der und leer wird es auf den Feldern. Landwirtschafte liegen auf den abgeräumten Feldern, eilig mit den Köpfen nieder, Anzenerlehen, gebüht, im armenigen Reich, sammeln das Viegegeblöhen in ihren Körben. Die Arme ernten und sind das neue Mähfrucht. Morgen wird das Getreide Braun und der Weizen, der Hofer, die Werte. Ein Feld nach dem anderen wird leer, und wie lange dauer's noch, dann geht der Wind über die Stoppelfelder, und der herbstig sein Lied.

— **Ein Jubiläum.** Herr Bernhard Nibelhardt, Zubörer der Firma gelblich Namens, feiert in diesen Tagen, im ersten Familien- und Brandesfest, das 60jährige Bestehen seines Geschäftes. Einige Monate vor Ausbruch des Krieges 1870 begründete die Mutter des jetzigen Inhabers, Frau v. Ida Nibelhardt ein Manufakturwaren-Geschäft. Im Jahre 1901 übernahm es der Sohn, der es dann im Jahre 1919 in ein Lebens- u. Genussmittelgeschäft umwandelte. Herr Nibelhardt hat es verstanden, das Geschäft auch bei den beschwerlichen Wägen bis auf die jetzige, achtbare Höhe zu bringen. Nach heute ist er, trotz vorgerückten Alters, in seinem Geschäft tätig und aufmerksam daran bedacht, seiner Kundschaft mit dem Besten zu dienen. Treulich unterstützt von seiner Gattin, die ihm auch die forsjame Hausfrau ist. Der Zubörer war bis zum Ausbruch der Revolution auch Mitglied der hiesigen Stadtvorstandsvorversammlung. Seine besondere Liebe gilt seiner eigenen Heimat. Er war es, der vor etwa 25 Jahren den hiesigen Bürgervereins- und Verkehrsverein begründete. Und wenn die Stadt Rebra sich heute des Schmincks so herrlich aufzuwiegen wird der Altverehr, so sollte man besonders dem Zubörer dankbar danken, denn sein Verdienst ist es. Wir wünschen der Familie Nibelhardt, die sich im Städtchen größter Achtung und Beliebtheit erfreut, alles Gute; der Firma aber, daß sie den häufigen Atem der Zeit überdauern und auch dann noch die große Achtung genießt, wie ein jüngerer Kräfte der Vater genießt.

— **Welche Rentenbeschäftigten stellen nach?** Im letzten Markttag im Publikum zu begangen, nach die Deutsche Rentenbank darauf aufmerksam, daß sowohl die Rentenbank als auch 1000, 500 und 100 Rentenmark mit Ausstellungsdatum vom 1. November 1923 (ohne Kopfbücher) als auch die Rentenbank als 50 Rentenmark (mit Kopfbücher eines Landmanns) vom 20. 3. 1925; 10 Rentenmark (mit Kopfbücher eines Landmanns) vom 2. 1. 1926 nicht aufzugeben, als nach wie vor gesetzlich angelegten Zahlungsmittel sind und unbedingt in Zahlung genommen werden können.

— **Die Sparbanken der Provinz Sachsen Ende April 1930.** Die Sparbanken in den Sparbanken der Provinz Sachsen betragen Ende April 1930 485,8 Millionen (davon mit satungsmäßiger Rückbildung 226,7 Millionen, mit besonderer Rückbildung 257,1 Millionen Mark). Das macht gegenüber dem 28. 2. 1930 6,2 Millionen Mark mehr.

— **Gründung eines Hegeringes im Kreise Querfurt.** Dem Wunsch vieler Jäger entsprechend, fand am Sonntag, den 20. Juli in Laucha (Mitteln) in Oberdorf's Hotel eine gutbesuchte Versammlung statt, um für den Kreis eine Organisation zweckweiserer Verfassung der Jagd zu schaffen. Jagdbesitzer, Jagdbesitzer, Jagdbesitzer, Berufsjäger und Jäger waren in großer Anzahl erschienen. Früher Herrmann-Gleina als Leiter der Versammlung begrüßte die Versammelten, insbesondere die Vortragenden, den geschäftsführenden Vorsitzenden der Stadtkammer, Herrn Meiering-Mangeburn, Herrn Staatsförster Dehmann-Mahnis, Verbandsmitglied und Herrn Schermann-Güt, Mitglied der Jagdverwaltung für die Provinz Sachsen und auch die Vertreter der Behörden. In seinen einleitenden Worten begrüßte Herr Meiering die Erhaltung und Förderung eines gesunden Wildstandes unter Vermeidung einer Überbege und damit einer Schädigung der Landwirtschaft.

Zu dem Thema: „Die Notwendigkeit jagdlicher Organisationen und der Aufbau“ sprach Herr Meiering-Mangeburn, der im Jahre 1848, in welchem die Grundstücke feilgekauft sind, das Jagdrecht am Grund und Boden hatte und das zur Bildung eines gemeinschaftlichen Jagdbezirks eine Wildbeistände von 300 Wägen notwendig war, führte Meiering aus, daß bis zum Ausbruch des Krieges die Jagd über die weidmännische Ausbildung der Jäger neben den Behörden in den Händen des Allgemeinen Deutschen Jagdbesitzerkreises gelegen hat. Durch den Ausbruch des Krieges, mehr aber noch durch die Revolution und die darauf folgende Inflation sind seit 1919 die Wildbestände recht gelichtet, zu



## Der Ueberwachungsausschuss.

Zur Wahrung der Rechte der Volkserziehung.

— Berlin, 23. Juli.

In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete heute als Vorsitzender des Reichstagsausschusses zur Wahrung der Rechte der Volkserziehung, der auch nach der Auflösung des Reichstages weiter besteht, nach Erlass der neuen Notverordnung, also voraussichtlich Ende dieser oder Anfang nächster Woche, den Ausschuss einberufen wird, damit dieser zu den neuen Notverordnungen Stellung nimmt.

Von den 28 Mitgliedern des Ausschusses entfallen neun auf die Sozialdemokraten, je vier auf die Deutschnationalen und das Zentrum, je drei auf die Deutsche Volkspartei und die Kommunisten, zwei auf die Wirtschaftspartei und je ein Mitglied auf die Demokraten, die Bayerische Volkspartei und die Christlich-Nationale Arbeitsgemeinschaft.

## Eine notwendige Warnung.

Die Zerplitterung des Jahres 1928.

— Berlin, 23. Juli.

Angesichts der gegenwärtigen Wahlvorbereitungen scheint es notwendig, darauf hinzuweisen, daß der Parteistrom des Reichstages im wesentlichen auf die Zerplitterung bei der Wahl 1928 zurückzuführen werden kann. Mehr als 2 Millionen Stimmen sind zerplittert, dazu kommen noch rund 430 000 ungenützte Stimmen. Es ergibt sich nämlich die bemerkenswerte Feststellung, daß der vergangene Reichstags 15 Abgeordnete gewählt hätte, wenn die Zerplitterung nicht eingetreten wäre.

Die zerplitterten und ungenützten Stimmen haben, das darf man annehmen, das Schicksal dieses Reichstages herbeigeführt.

Die Zerplitterung der Wahl von 1928 zeigte sich allein schon in den Reichstagsvorstellungen, deren damals 32 gewählt wurden. Im Jahre 1928 gab es neben der Vorkommenschaftsbewegung noch den Wirtschaftsnationalen Block und die Deutsche Partei, die Richard Durrer führte. Zwei-jährlich trat damals auch noch die verschiedenen Aufwertungsparteien auf. Neben der Volkserziehungspartei gab es einen Volksklub der Inflationsgeschädigten, einen Deutschen Reichsklub der Geschädigten, eine Aufwertungs- und Volkspartei, eine Reichsarbeitsgemeinschaft für Volksrecht und Aufwertung.

Wie schließlich noch eine Partei für Recht und Mittelstand, die sich im wesentlichen zusammenfassen aus den Mitgliedern der Familie Wilmeyer in Barmen und Halle i. W. Es ist denkbar an der Zeit, daß diese Aufwertungszerplitterung endgültig beseitigt wird.

Neben den Parteien, die auch mit einem Reichswahlvorsitz herangekommen waren, gab es aber noch in den Wahlkreisen eine Vielzahl anderer Gruppen, die sich um Reichstagsmandate bewarben. So gab es neben einer Reichserziehungspartei eine Wirtschaftliche Volkspartei, eine Wirtschaftliche Volkspartei, eine Wirtschaftliche Volkspartei, eine Wirtschaftliche Volkspartei, den Schleswiger Verein und eine Gruppe Christland.

ausgelagert trat mit einer „deutlich freistlichen (mittelständischen) Volkspartei auf den Plan. In Hamburg vertrat in einem Wahlkreis der Futurologer Ernst Pelenzen die „Futurologischen der Arbeiter“.

Man müßte sich sehr wundern, wenn ein ähnliches Gebilde nicht auch diesmal im Wahlkampf sichtbar würde.

## Volksparteilicher Sammelzug.

Zusammengehen der bürgerlichen Mitte?

— Berlin, 23. Juli.

Vom Parteivorstand der Deutschen Volkspartei ist an die Christlich-Nationale Arbeitsgemeinschaft, die Deutsche Demokratische Partei, die Gruppe Graf Westarp und die Wirtschaftspartei ein Schreiben gerichtet worden.

Dieses hochbedeutungsvolle Schreiben enthält nicht mehr als die Aufforderung, die Erfahrungen der letzten Zeit und der politischen Zerplitterung aller politischen Kräfte die Zusammenfassung aller derjenigen herbeizuführen, die unter Zurücklassung des Trennenden bereit sind, sich aktiv in den Dienst des Staates zu stellen.

Die Bestrebungen der Deutschen Volkspartei stellen eine Parallellösung zu den Bestrebungen der, eine einheitliche Bauern- und Landvolkspartei unter der Führung des Ministers Seipke zu schaffen, an der die Christlich-Nationalen Bauern wie auch die Bauern der Gruppe sehr beteiligt sein könnten. Diese neue Partei soll dann die einheitliche Vertretung des Landvolkes gewährleisten.

## Das Landvolk stellt eigene Listen auf

— Berlin, 23. Juli.

Der Bundesvorstand des Reichslandbundes hat in seiner gestrigen Sitzung folgenden Entschluß gefaßt: „Am 18. Juli hat im Reichstag der Reichstisch der Sozialdemokratie mit Hilfe jenseitig geführter Kräfte der Rechte über den Verlust des Reichspräsidenten von Hindenburg geseigt, das in seiner Würdigung verbundene Rettungsprogramm auch gegen einen verantwortungslosen Parlamentarismus durchzuführen, und damit dem Landwirt in seiner höchsten Arbeit einen neuen Wohlstand aufzuerbauen. Die Umstände unter denen dieser Reichstag aufgelöst wurde, geben dem Wahlkampf und seiner Zielsetzung besonderen Charakter. Er richtet sich in erster Linie gegen die zerstörenden Kräfte des Parlamentarismus. Die Landwirte fühlen sich nicht mehr getragen, daß sie das Opfer der Parteipolitik von Vielen in sich vereinigen und zur Übernahme der Verantwortung unfähigen politischen Parteien wird. So wertvolle Dienste nur von der grünen Front in das Parlament übernommene Gedanken der Dauerbereitschaft geleistet hat, in der nunmehr entfallenden parlamentarischen Lage reicht er allein nicht aus. In der außerparlamentarischen wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung hat sich für die gesamte Landwirtschaft der geschlossene Block des im Reichslandbund zusammengeschlossenen Landvolkes als starkes, schlagfertiges, unabhängiges Kampfmittel bewährt. Der Deutsche Bauer will nicht, daß diese bewährte Kampforganisation von gewissen Parteien und Parteigruppen mißbraucht wird.“

Abgeschlossen von diesem Parteivorstand und vom Gesamt der einzelnen Cliquen, stellt sich das Landvolk nunmehr auch für den parlamentarischen Kampf auf eigene Füße. Unbeeinträchtigt durch alle Angriffe und Verleumdungen, in geschlossener Abwehr gegen jede Färbung der Eigenheit in den eigenen Reihen wird es seinen unabwandelbaren Weg gehen in der Weiterentwicklung, daß diese Bauernpolitik gleichzeitig auch beste Staats- und Nationalpolitik ist. Die außerparlamentarisch geführte Landwirtschaft verlangt auch für den parlamentarischen

Kampf außerordentliche Maßnahmen. Der Bundesvorstand des Reichslandbundes hat deshalb beschlossen, unter bewusster Abkehr von der bisher geübten Methode, für die kommenden Wahlen keine Mitglieder aufzufordern, der Sammelparole des Reichslandbundes zu folgen und, soweit es die politischen Verhältnisse irgend zulassen, einzutreten für die Wahl auf Landvolkslisten in allen Provinzen und Ländern. Nach wie vor bleibt die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Landbundorganisation gegenüber jedem Parteigebilde oberstes Gebot.“

## Die Christlichen Holzarbeiter gegen Lohnabbau

Der Zentralverband Christlicher Holzarbeiter hielt gestern in Königswinter eine Gesamtoberlandsitzung ab. Der Gesamtverband bestätigte eine Erklärung, nach der die Vorschläge des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes zur Neuordnung der Löhne mit ihrem Gehalt von 6 bis 9 Pfennig und darüber hinaus eine Kürzung der Löhne in der Holzindustrie- und Holzgewerbeindustrie um weitere 12½ Prozent einschließen und zurückgewiesen werden. Eine Senkung der Lebenshaltung der Holzarbeiter werde abgelehnt. Die Arbeitgeberforderungen seien weder vom preispolitischen noch vom marktpolitischen Gesichtspunkt aus notwendig. Die Verhandlung wird beauftragt, mit allen gesellschaftlichen Mitteln den Forderungen entgegenzuarbeiten.

## Vom Europa-Rundflug

— Berlin, 23. Juli.

Nach den bei der Leitung des Europa-Rundfluges hier eingetroffenen Meldungen liegt zur Zeit der englische Kapstoffsieger Butler, der am Nachmittag bereits über Portugals-Bau den ersten spanischen Zwangslanplatz Jara-gona erreichte, an der Spitze. Auf dem Wege dorthin befinden sich weiter die englische Sportfliegerin Miss Spooner und die Franzosen Arcahart und Cornes. Im Bau lagen der Engländer Thorp und der Franzose Finat. In der nächsten Gruppe auf dem Wege nach Portugals befinden sich auch sechs deutsche Maschinen, denen weitere acht von Paris aus folgen.

Ueber den bedauerlichen Unfall auf dem Flugplatz Heston, über den bereits berichtet wurde, wird ergänzend bekannt: Der deutsche Bsp-Stieger von Dertzen hatte als einziger Teilnehmer einen dritten Passagier an Bord. Den Namenlisten von Dertzen. Als das Flugzeug in Heston landete, wollte von Dertzen den Apparat über die Erregung verlassen. Dabei geriet sein Mantel in den noch laufenden Propeller, so daß von Dertzen hineingerissen und sofort getötet wurde.

## Eingreifen des Staatsanwalts in Bugzhude.

Stade, 23. Juli. Zu den Maßnahmen in Bugzhude wird ergänzend gemeldet, daß die Leiche des verstorbenen 23jährigen Hamburger Brauholzes vom Staatsanwalt beschlagnahmt und nach Stade überführt worden ist. Inzwischen ist noch ein weiterer Kronen-Tafel bekannt geworden. Das Dienstmädchen, das im Hause Martens die Speisen zubereitet hatte, ist ebenfalls schwer erkrankt. Der Zustand der übrigen schwer oder leicht Erkrankten ist unverändert.

## Vier Bergsteiger vom Bih erschlagen.

Innsbruck, 21. Juli. Vier Mitglieder des Alpenvereins, Sektion Kempten, unternahmen von der Kemptner Hütte aus eine Tour über die Silberseebecken auf die hohe Höhe in den Bialer Alpen. Als sie angesetzt über einen Gletscher zogen, gerieten sie in ein schweres Unwetter. Als die vier nicht noch der Schutzhütte zurückkehren, machte sich eine Füh- rerepation auf die Suche nach ihnen und fand drei an einem Fels hängend tot auf. Die Leiche des vierten Bergsteigers konnte noch nicht geborgen werden. Aller Wahrscheinlichkeit sind die vier Bergsteiger vom Bih erschlagen worden.

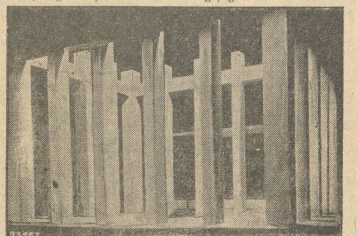
## Hoover unterzeichnet das Flottenabkommen

Washington, 23. Juli.

Präsident Hoover hat gestern in feierlicher Zeremonie die Ratifikationsurkunde des Londoner Flottenabkommens unterzeichnet.

Er gab dabei eine Erklärung ab, in der er sagte, es erziele ihn mit großer Genugtuung, daß diese große Errungenschaft auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen die gemeinsame Unterfertigung der beiden politischen Parteien Amerikas gefunden habe. Das Abkommen werde den Wünschen und der gebührenden Verhandlungsbereitschaft gegenüber den blinden Willen von Argwohn und Betrüffeln erneuern. Es werde einen großen Fortschritt darstellen in der Richtung auf eine Verminderung der Rassen des Militarismus und auf dem Wege zum Weltfrieden. Der Vertrag lege den Grundstein, auf dem in Zukunft eine weitere konstruktive Zusammenarbeit aller Nationen in der ganzen Welt erreicht werden könne. Jedenfalls werde die Welt nunmehr die Ueberzeugung gewonnen haben, daß die Vereinten Staaten keine aggressiven oder imperialistischen Ziele verfolgen.

Die amerikanische Hitzewelle fordert 100 Tote. Wie aus Chicago gemeldet wird, wurden im ganzen Land Höchsttemperaturen gemessen, die auch die Zahl der Todesopfer auf ein Höchstmaß anwachsen ließen. Die letzten Berichte belagen, daß infolge der großen Hitze über 100 Tote zu beklagen sind, und zwar in Columbus 21, in Ohio 19, in Chicago, Detroit und St. Louis je 15, in Indianapolis 8, in Pittsburgh 6, in New York 3 und in Boston 2. In Columbus stieg das Thermometer auf 44,5 Grad Celsius, in Toledo auf 41,5, in Washington auf 41, in Cincinnati auf 38 und in New York auf 37,5 Grad. Für die nächsten Tage wird Verstärkung durch Gewitter vorausgesehen.



Ein Ehrenmal in der „Neuen Bäder“. Die prächtige Fassade ist ein letztes Schicksal damit beauftragt, Entwürfe für ein Ehrenmal im Innern der „Neuen Bäder“ zu Berlin anzufertigen, mit dem Preußen die Taten des Weltkrieges ehren will. Unser Bild zeigt den Entwurf Professor Hans Poelzig für das Ehrenmal.

## Sortobstverkauf.

Der diesjährige Anhang an Äpfeln, Birnen und Pfäunen der Stadtgemeinde Nebra, des Rittergutes Nebra mit Wippach und Birkgüt und des Rittergutes Jingsl

Donnerstag, den 24. Juli 1930 von nachmittags 3 Uhr ab im „Ratskeller“ zu Nebra unter den im Termin bekannt zu machenden Bedingungen öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung verkauft werden.

Heute: 8

## Feinste englische Settbüchlinge

Wwe. Meltz.



### EINLADUNG!

Am Sonntag, den 27. Juli 1930, von nachm. 1/3 Uhr ab veranstaltet die Schützengilde mit dem Kriegerverein ein gemeinsames

## Kähdien-Ausdieseln.

Die Kähdien-Ausdieseln im Scheinbruch, bei ungenügendem Wetter im Scheinbruch.

Gäste sind herzlich willkommen.

Die Schützengilde mit dem Kriegerverein

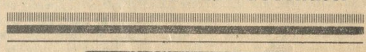


## Gegen üblen Mundgeruch

sch will nicht ver- können, ohne Abhil- fassung zu machen, daß ich seit dem Gebrauch Ihrer Zahnpolier „Chlorodont“ nicht nur reine weiße Zähne besitze, sondern auch den bei mir sonst ständigen Mundgeruch verlor. Ich werde Ihr „Chlorodont“ aufs beste empfehlen. G. G. G. Plating, Chirododont Zahnpolier, Zahnweller, Zahnärztliche Einzelklinik in 1. St., in bekannter Glas- und-Original-Verpackung in allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.



## Ohne Reklame kein Geschäft!

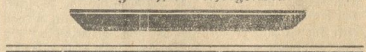


## Der ober-schlesische Wanderer

Verlag: Gleim'sch Begründet 1828



Bei weitem verbreitetste Tageszeitung Ober-schlesiens Tagesreichstes Anzeigenblatt



Heute morgen um 8 Uhr entschlief sanft unsere liebe Schwiegermutter und Großmutter, unsere gute Pflegerin und Tante

## Frau Friederike Krey, geb. Schlegel

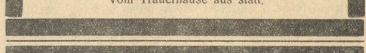
im vollendeten 93. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Ella Thieme.

Nebra, 23. Juli 1930.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachm. 3 Uhr vom Trauerhause aus statt.



## Dank — Statt Karten.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben, uns unvergesslichen Tochter und Schwester **Marie** ist es uns Herzensbedürfnis, unseren in nächster Dank auszusprechen allen denen, die uns bei dem schweren Verlust durch Wort und Schrift und durch herrlichen Blumenschmuck ihre Teilnahme erwiesen haben. Ganz besonders danken wir Herrn Pfarrer Langguth für seine tiefempfindenen, trostreichen Worte, welche unserem wunden Herzen wohlgetan haben. Ferner danken wir der Stadtkapelle für die erhebe- Trauermusik. Insbesondere herzlichen Dank den freiwilligen Trägern, sowie allen Verwandten und Bekannten, Freunden und Freundinnen von nah und fern für die herrlichen Palmenzweige und letztes Geleit. Den Frauen sei herzlich gedankt, welche ihr den vielen Blumenschmuck zu ihrer letzten Ruhestätte trugen.

Gott möge Allen ein reicher Vergelter sein!

In tiefem Schmerze:

Nebra, d. 21. Juli 1930.

Richard Otto und Frau nebst Kindern.

# Nebrac-Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat, bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Franz Kaufmann Neig, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22532.

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmen 20 Pf.  
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtpostkassa Nebra — Kontobereit Actien.

Nr 87

Donnerstag, den 24. Juli 1930

43. Jahrgang

## Preußens Rheinlandfeier.

Der Hauptfestakt in Koblenz.

+ Koblenz, 22. Juli.

Der preussische Ministerpräsident Dr. Brauns empfing den Reichspräsidenten in Eltville, um dann mit ihm gemeinsam auf dem Dampfer „Mein“ die Reise nach Koblenz, wo der Dampfer am Rhein bei Koblenz anlegte, zur Hauptfeier der Preussischen Staatsregierung in Koblenz anzufragen.

Auf der Feier, die um 12 Uhr in der Stadthalle der Stadt Koblenz stattfand, sprachen nacheinander der Oberpräsident der Rheinprovinz, Dr. Fruchs, der Oberbürgermeister von Koblenz, der preussische Ministerpräsident Dr. Brauns, der Reichsverkehrsminister von Günter und zuletzt der Reichspräsident.

### Ministerpräsident Dr. Brauns

führte u. a. aus: „Zum zweiten Male in anderthalb Jahrhunderten ist für das Rheinland eine Zeit jahrelanger fremder Besetzung zu Ende gegangen.“

Vor allem gilt heute unser Gedanken der Treue des rheinischen Volkes.

Wir gedenken voll Dankbarkeit der erfolgreichen Staatsmänner, die aufbauend auf dieser Treue des rheinischen Volkes wiederholt durch alle Kräfte und alle Verwirrungen, fähig und zielbewußt ihre Politik der Verständigung mit unseren Nachbarn durchgeführt und die vorzeitige Befreiung des Rheinlandes erreicht haben.

Aber es gab noch ein Drittes, das für die Abwehr aller Anschläge auf die Verbundenheit dieses Gebietes mit dem Deutschen Reich von entscheidender Bedeutung war. Das ist die Erhaltung des Preussischen Staatsverbandes. Die Festigkeit eines Gebietes zeigt sich erst, wenn Sturmwinde an ihm rütteln.

Die innere Widerstandskraft eines Reiches wird erst sichtbar, wenn seine Grundfesten angegriffen werden. Das haben verwerfliche Kräfte 1923 versucht. Daß ihnen das nicht gelang, danken wir nicht zum wenigsten dem festen Geiste des Preussischen Staatsverbandes und der engen Verbundenheit der rheinischen Bevölkerung mit der preussischen Verwaltung.

Wir haben, ich darf mich, aus der Hoffnung für immer hinter uns liegenden Separatistenehre die eine bedeutende innerpolitische Lehre zu ziehen: Der Preussische Staatsverband darf nicht über gelockert werden. Das ist ein einheitliches Reichsverband eines völlig gleichwertigen an seine Stelle zu setzen vermögen.

Nach fehlt uns in diesem preussischen Staatsverband eines der wertvollsten Glieder der Rheinprovinz,

das herrliche Gebiet an der Saar.

Wir grüßen heute die in Treue erprobten Saarländer und hoffen mit ihnen, daß trotz der Hindernisse, die sich gerade jetzt wieder aufzuräumen scheinen, bald auch ihnen als Teil ihres Ausdauern die politische Rechte aller Deutschen zurückgegeben werden und daß auch sie sich der Rückkehr in ihr Vaterland erfreuen können.“

Hierauf übertrugte

### Reichsverkehrsminister von Günter

zunächst den Dank und die Grüße der Reichsregierung und führte dann aus: „Bereitet ist wieder einmal der Rhein. Ein tiefes nationales Weiden hat den deutschen Volksgenossen zum Siege geführt. Die völlige Räumung des Rheinlandes war lange Zeit das große Ziel deutscher Außenpolitik. Mit der Erreichung dieses Zieles beginnt ein neuer Abschnitt deutschen außenpolitischen Wirkens.“

### Nede des Reichspräsidenten.

Unter Hinweis auf die Jahre, die er in glücklicher Zeit in Koblenz verlebte, dankte der Reichspräsident der gesamten Bevölkerung für das herzliche Willkommen und ihr begeistertes Betragen zu Staat und Reich und führte dann aus: „Auch am heutigen Tage, an dem die preussische Rheinprovinz die nunmehr vollzogene völlige Räumung und Befreiung mit Staat und Reich begehrt, gilt unter tiefem Empfinden den vielen Opfern der langen Leidenszeit.“

Wir gedenken mit stolzer Erinnerung der gemeinsamen Pflichterfüllung und der vorbildlich handhabten Haltung der Rheinprovinz in dem besetzten Gebiet, von der zahlreiche ihre Treue zu Eid und Pflicht mit dem Tode bezeugt haben.

und wir grüßen in höchster Anerkennung die Befreiung der Rheinprovinz selbst, die in geschlossener Einigkeit aller Stände in jeder Geduld ausdauerte, bis die Tage der Freiheit wiederkamen.

Unvergessen werden uns allen jene schmerzlichen Wochen und Monate sein, da verträglich Elemente vertrieben, rheinisches Gebiet vom Rheinland losgerissen und sich in einmütigen freiem Zusammenschluß Bauern und Bürger, Arbeiter und Arbeiternehmer, Beamte und Studenten zusammenfanden, um, obwohl waffenlos, diesen entscheidenden Anschlag auf deutsches Land abzuwehren und die Einheit des Reiches zu retten.

Der Rhein ist noch mehr als je zum Wahrzeichen der deutschen staatlichen Einheit und unseres Willens zur Selbstbehauptung geworden.

Möge die staatliche Einheit, die wir heute freudig gedenken, stets vom Geiste der Einigkeit beherrscht sein, der dieses Land am Rhein in seinen schwersten Tagen führte und zu dem befestigte, was wir heute dankbar feiern!

Am Anluß an die Rede des Reichspräsidenten sang die Menge begeistert das Deutschlandlied.

Beim Oberpräsidenten der Rheinprovinz fand dann ein Frühstück statt, zu dem die preussische Staatsregierung insbesondere Persönlichkeiten zugezogen hatte, die in besonders hervorragender Weise in der Ausbildung ihrer Pflicht durch die Befreiung persönlich zu leisten gehabt hatten.

### Der Reichspräsident an Frau Stresemann.

— Mainz, 22. Juli.

Reichspräsident von Hindenburg (landte von der hiesigen Befreiungsfeier an Frau Stresemann folgendes Telegramm: „Bei der ersehnten Befreiungsfeier in der Stadthalle zu Mainz haben wir in Trauer und Dankbarkeit Ihres verstorbenen Herrn Gemahls gedacht, dem es nicht beschieden war, den Dank der Bevölkerung für seine bis zum Tode pflichterene und anspärende Arbeit zu empfangen. Ich bitte Sie, bei diesem Anlaß den Ausdruck meines Gedankens und ergebenster Grüße entgegenzunehmen.“

## Reichshaushalt und Notverordnung.

Dieterich bei Brünning.

— Berlin, 22. Juli.

Eine Besprechung des Reichsanstalters Dr. Brüning mit dem Reichsfinanzminister Dr. Dietrich fand statt, bei der es sich um die Vorbereitung der aufstehenden Kabinettsitzung handelte, die am Donnerstag stattfinden wird.

Die Kabinettsitzung ist in doppelter Richtung von besonderer Bedeutung. Erstens wird die Reichsregierung die Entscheidung darüber zu fällen haben, welche unvollständigen Geleitenwürde durch Notverordnung in Kraft gesetzt werden sollen, und zum anderen wird das Reichsamt über die Ausgestaltung der Notverordnungen in einzelnen Details fassen müssen.

Im Hinblick auf den Kreis der durch Verordnung zu regelnden Materien ist bisher eine Entscheidung noch nicht erfolgt. Grundlegend ist nur zu betonen, daß auf dem Verordnungsweg mit Hilfe des Artikels 48 nur solche Geleiten verordnet werden können, die der Befreiung des Finanzlandes dienen. Dabei handelt es sich neben den Deckungsvorlagen vor allem um den Reichshaushalt selbst. In welcher Form der Reichshaushalt durch den Artikel 48 in Kraft gesetzt wird, unterliegt noch der Entscheidung, doch darf angenommen werden, daß der Gesamteil auf diesem Wege verordnet wird. Wäre der Reichstag nicht aufgelöst worden, so wäre auch zweifellos der Etat am verflochtenen Sonntag angenommen worden, nachdem die Beratung im Haushaltsausschuß in zweiter Lesung ja bereits abgeschlossen war. Das Verfahren nur eines den Reichstag monatlich zu verlängern, dürfte sich kaum empfehlen, da absonderlich der Reichstag bei seinem Zusammentreten im Herbst 1930 dem Etat für 1930 voraussichtlich einen Nachtragset für 1930 und außerdem den Etat für 1931 beraten müßte. Ein solches Verfahren ist zwar im Jahre 1920/21 angewandt worden, aber es hat sich damals gezeigt, daß eine gesetzliche Beratung, nachdem ein halbes Etatsjahr bereits verlossen ist, nicht mehr möglich ist.

Es wird also darüber zu entscheiden sein, welche Geleite mit dem Reichshaushalt unmittelbar in Verbindung stehen, das dürfte z. B. gelten von dem Geleite über die Sanierung der Arbeitslosenversicherung, da, wenn die Tätigkeit der Reichsregierung keine Gesetzeskraft erhalten, ein neues finanzielles Loch im Etat entsteht.

### Die Tätigkeit des Reichsparlamentarier.

Im allgemeinen muß damit gerechnet werden, daß die Reichsreform ist möglichst umfangreich von den Verordnungen auf Grund des Artikels 48 Gebrauch machen wollen. Die Regierung wird sich jedoch, wie verläutet, streng an die verfassungsmäßigen Bestimmungen halten.

Am Zusammenhang mit den vom Reichsfinanzminister geplanten Absichten am Haushalt sind in den letzten Tagen über die Tätigkeit des Reichsparlamentarier Sämtlich in Umlauf gesetzt worden, die mit den Tatsachen nicht voll im Einklang stehen.

Der Reichsparlamentarier ist bereits beratendes Mitglied des Reichsfinanzrats, nicht aber zwar nicht bei der Abstimmung, wohl aber bei den tatsächlichen Entscheidungen maßgebend innerhalb der Regierung mit. Zur Zeit ist der Reichsparlamentarier zu den Besprechungen des Reichsanstalters und des Reichsfinanzministers noch nicht hinzugezogen worden. Es ist aber wahrscheinlich, daß der Reichsparlamentarier für seine Arbeiten bei der Führung des Haushalts, die in den nächsten Tagen zum Abschluß gelangen werden, sich die Kenntnisse des Reichsparlamentarier zu Hilfe machen wird.

### Notruf der Grenzmark Posen-Westpreußen.

Schneidemühl, 23. Juli. Die Wirtschaftskammern der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen, die Landwirtschaftskammer, die Industrie- und Handelskammer und die Handwerkskammer haben an den Reichsanstalter und den Reichsfinanzminister folgendes Telegramm geschickt: „Mit Auflösung des Reichstaates ist die Verabschiedung des

Öffentliche in letzter Stunde verhindert worden. Die grenzmarkische Wirtschaft, welche auf die durch den Öffentlichejahr unter vorgehendem Hilfsmaßnahmen ihre letzte Hoffnung setzte, ist dadurch auf die schwerste enttäuscht. Die Notlage der Landwirtschaft, Handwerk, Handel und Gewerbe hat sich aufs äußerste gesteigert und muß zum Zusammenbruch der gesamten grenzmarkischen Wirtschaft führen, wenn nicht die in Aussicht gestellten Hilfsmaßnahmen schnellstens zur Durchführung gelangen. Die grenzmarkischen Wirtschaftskammern bitten dringend, das Öffentlichejahr und seine Durchführung im Wege der Notverordnung erteilen zu wollen.“

## Ergebnislose Ministerpräsidentenwahl.

Anträge auf Auflösung des Landtages.

+ Dresden, 23. Juli.

Auf der Tagesordnung der Sitzung des Sächsischen Landtages stand abermals die Wahl des Ministerpräsidenten. Zur Wahl wurden u. a. die Abgeordneten Dr. Weber, Reichsstaatssekretär Lipinski, Abgeordneter Renner und Abgeordneter Dr. Fröhlich vorgeschlagen.

Abgegeben wurden von 96 Abgeordneten 97 Zettel, wovon die Wahl wiederholt werden mußte. Im zweiten Wahlgang wurden dann 96 Stimmzettel abgegeben. Es entfielen auf Lipinski 32, Dr. Weber 31, Dr. Fröhlich 14, Renner 13, Dr. Kütz 3, Dr. Richter 2 und Oeffe eine Stimme. Keiner der Genannten hat die erforderliche Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten. Die Wahl ist also wiederum ergebnislos verlaufen.

Die nationalsozialistische Fraktion des Landtages hat folgenden Antrag eingebracht: Die Unmöglichkeit, eine dem Willen der Mehrheit des sächsischen Volkes entsprechende antinazifische Regierung zu bilden, die dem Volke und dem Landtage für ihre Entscheidungen und Handlungen voll verantwortlich ist, beweist wieder einmal mit aller Deutlichkeit, daß die Parteien der Mitte ihre eigenen parteipolitischen Bezüge dem Volkswillen voranstellen. Wir erlauben hierin einen Vorstoß gegen die Würde eines aus dem Willen des Volkes gewählten Parlamentes und beantragen deshalb: Der Landtag wolle sich auflösen.

Auch die Kommunisten haben einen Auflösungsantrag eingebracht.

## Danzig und Gdingen.

Neuer Konflikt mit Polen

# Danzig, 23. Juli.

Die Regierung der Freien Stadt Danzig hat kürzlich die Aufmerksamkeit der Warschauer Regierung auf den unheilvolleren Zustand gelenkt, welchen der unter Aufsicht angeführter Mittel betriebene Ausbau des Hafens von Gdingen gegenüber Danzig geschaffen hat.

Polen hat nicht etwa, wie es den Gelegen der internationalen Öffentlichkeit entspricht, der Regierung der Freien Stadt Danzig genantwortet, sondern hat dem Danziger Völkerbundkommissar eine Note zugehen lassen. Der wesentliche Inhalt ist der, daß Polen die Sicht hat, Danzig zu beschuldigen, es greife mit seiner Forderung bezüglich Gdingen die politische und wirtschaftliche Souveränität des polnischen Reiches an.



beredungslust ist Danzig ist im geschlossenen Verhandlungen eines man die Einvernehmen. Der Danziger eine Entscheidung haben von Danzig seien an der mußte ohnehin einmütig zur Zustimmung. Zweifellos überaus wichtige eine Rolle Zugang Polens ja anderen's Polen auf seine es ihm liegt die Frage zur Auf-

ung.  
gkeit.  
22. Juli.  
n-Maimed richter einen Auf-  
beständigen Abge-  
ung von Recht.  
Vertrag und Volkswillen belagert geworden sind und für sie das Naturrecht der Selbstbestimmung auch für sich beanspruchen.

Weiter heißt es: Alle Welt weiß, und auch objektiv bedenkende Belgier geben zu, daß die Volksbefragung von 1920 eine Komödie und daher als Voraussetzung für unsere Abgrenzung vom Reich unbrauchbar war. Die Behauptung, die Mehrheit unserer Bevölkerung wolle bei Belgien bleiben,